

Der sächsische Ergänzer, Wochenblatt für Bischofswerda, Stolpen und Umgegend.

Amtsblatt der kgl. Amtshauptmannschaft und der kgl. Schulinspektion zu Döhlen,
sowie des Königlichen Gerichtsamtes und des Stadtrathes zu Bischofswerda.

Diese Zeitschrift erscheint wöchentlich zweit Mittwochs und Sonnabends und kostet einschließlich der Sonnabends erscheinenden „bulletinischen Beilage“ vierthalblich 1 Mark 50 Pf. (15 Rg.). Inserate werden bis Dienstags und Freitags früh 9 Uhr angenommen und kostet die gespaltene Corpusspalte oder deren Drittel 10 Pfennige.

Nº 31.

Mittwoch, den 18. April.

1877.

Politische Weltanschauung.

Aus dem Schreiben des Reichskanzlers an den Reichstag geht hervor, daß die politische Krise, in welche sich das Reich durch den beabsichtigten Rücktritt des Fürsten Bismarck plötzlich versetzt sah, vorläufig beseitigt ist. Mehr kann man nach der augenblicklichen Sachlage nicht behaupten, aber Vermuthungen — wenn sie sich als solche geben — sind nicht blos gestattet, sondern sogar berechtigt. In einer Berliner Correspondenz findet sich die Bemerkung, das Ergebniß dieser Krise beweise, daß alle diejenigen sich geirrt hätten, welche die Verlassung zu dem Entlassungsgesuche des Reichskanzlers in den Dingen, statt in den Personen gesucht hätten, da ja in den Dingen alles beim Alten bleibe. Sonderbar! Bisher wurde allgemein das Gegentheil angenommen und das von dem betreffenden Correspondenten angeführte Argument läßt sich ebenso wohl gegen als für dessen Behauptung anführen, da ja auch in Bezug auf Personenfragen keine Aenderung eintritt.

Freilich ist es gerade kein Geheimniß, daß am Hofe, und zwar selbst bis in das Cabinet des Kaisers hinein sonst sehr schwerwiegende persönliche Einflüsse gegen den Fürsten Bismarck sich geltend zu machen suchten; aber sollte der letztere seines Kaisers so ganz unsicher gewesen sein, daß er nicht hätte vorauswissen können und müssen, ein mit dieser hochgeborenen Opposition motiviertes Entlassungsgesuch würde mit dem erhabenen „Niemals“ beantwortet werden, das nach dem Berichte der „Post“ den einzigen Bescheid des Monarchen bildete? Das ist ja eben eine der schönsten Seiten am Character des Kaisers Wilhelm, daß er auch den mächtigsten und listigsten Hofintrigen stets seinen hervorragenden Sinn für Recht und Wahrheit entgegenstellt, sowie sein tiefes Gefühl des Dankes für diejenigen Männer, die seinem Hause und seinem Reiche Dienste geleistet haben. Auch ist der erwähnte Berliner Correspondent nicht im Stande, auch nur andeutungsweise Personen zu bezeichnen, vor welchen diesmal der mächtige Reichskanzler die Segel hätte streichen wollen. Wenn dieser in einzelnen Fällen gegen Personen vor- oder vor Personen zurückgehen will, so geschieht dies nie aus persönlichen, sondern stets aus sachlichen Gründen und höchstens aus politischen Gründen.

den, und dies ist einer der vielen Vorzüge, welche ihn zum größten Staatsmann unserer Zeit machen. Wir sollten doch denken, daß seine letzten Reichstagsreden, sowie gelegentliche Neuherungen, die von ihm erzählt werden, mit hinreichender Klarheit darin, daß sein letztes Entlassungsgesuch nur durch die zerstörende Wirkung motivirt sein könnte, welche für ihn unerträgliche „Dinge“ auf seine Gesundheit ausübten, und daß, wenn er seinem Kaiser und seinem eigenen Pflichtgefühl das Opfer brachte, sich vor der Hand mit einem gewöhnlichen Urlaub zu begnügen, er dies nur in der Hoffnung gethan haben kann, daß ihm nach der Wiederaufnahme seiner Thätigkeit Gelegenheit werden werde, jene Reformen, die er von seinem Standpunkt aus für unerlässlich hält, anzubahnen. Aber gerade weil das so sein wird, kann von einer definitiven Lösung der Conglomeratkrise heute wohl noch nicht gesprochen werden. Schon die spärlichen Andeutungen über das Reformprogramm, mit dem er sich tragen soll, geben Anlaß zu der Befürchtung, daß er mit dem föderativen Principe, welches der deutschen Reichsverfassung zu Grunde liegt, und welches zum ersten Male in der Reichsgerichtsfrage seine Schwingen geregt hat, in einen Kampf gerathen werde, denn selbst seine Riesenkrift nicht gewachsen sein dürfte, und dann würde die Krise nur in schärferer Ausprägung als heute wieder da sein, weil er dann nicht blos mit dem Reichstage, sondern mit dem verfassungsmäßigen Träger jenes Princips, dem Bundesrat, sich auseinander zu setzen hätte.

Mit dem vom Kaiser gewährten Urlaub ist also die Lösung der Fragen, deren Ungelöstheit das Demissionsgesuch herbeiführte, nicht erfolgt, sondern nur vertagt, und die Berliner „National-Zeitung“ hat nicht so unrecht, wenn sie den Urlaub eine Überlegungsfrist nennt. Doch ist da von Dingen die Rede, die im Schoß der Zukunft ruhen, und die — da es auch in der Politik genügt, daß jeder Tag seine eigene Plage hat — nicht hindern, daß wir heute die kaiserliche Nichtgenehmigung der Entlassung wie die Abnahme eines schweren Alps von der Brust der Nation empfinden.

Die Orientkrise ist auf dem „kritischen Punkte“ angelangt. Die Orientkrise ist in der Krise! Man hat zwar im Verlaufe eines Jahres oft gemeint und